

## Frage des Tages

**Soll die Agglomeration baulich weiter verdichtet werden?**

Rund um Basel wachsen Hochhäuser in den Himmel. Sollen die Gemeinden weiter verdichtet werden (S. 27)? [www.baz.ch](http://www.baz.ch)

Das Ergebnis der Frage von gestern:

**Muss die Verkehrspolitik autofreundlicher werden?**



## Die Drohung aus dem Laufental

Laufens Stadtpräsident Imhof will Spitalfusion verhindern, wenn sein Spital abgebaut wird

Von Joël Hoffmann

**Laufen.** Was für Cäsar die Gallier, sind für Gesundheitsdirektor Thomas Weber (SVP) die Laufentaler. Das Baselbiet versenkte am Sonntag die Bruderholz-Initiative wuchtig, nur das Laufental war dafür, weil die Stimmbürger glaubten, damit ihr Spital vor einem massiven Leistungsabbau zu retten. Und nun droht Laufens Stadtpräsident Alex Imhof (CVP): Sollte Weber das Spital herunterfahren, werden die Laufentaler die Spitalfusion bekämpfen.

Das Spital Laufen ist nicht nur gesundheitspolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch von grosser Bedeutung. Das Gesundheitswesen ist in Laufen der grösste Arbeitgeber, an dem zirka 800 Jobs hängen. «Mit den Massnahmen, wie sie im Konzept der Spitalgruppe vorgesehen sind, sollen die stationären Abteilungen der Chirurgie, der Inneren Medizin und die Notfallstation geschlossen werden, ohne dass genügend Ersatzmassnahmen angeboten werden», kritisiert er. Das sei nicht akzeptierbar. «Die Spitalschliessung wäre ein Fanal für den Niedergang des Gesundheitswesens im Laufental.»

Imhof kritisiert zudem die Arroganz der Initiativ-Gegner im Abstimmungskampf: «Es wurde viel gelacht über die alten Ärzte, die nichts verstünden, und auch über uns Laufentaler, die ebenfalls keine Ahnung hätten. Man argumentierte vom hohen Ross herunter – wobei wir eigentlich gar nicht mit einbezogen worden sind», sagt Imhof.

Am Sonntag hat das Laufental also gezeigt, was es will. Die Gemeindepräsidenten des Bezirks haben darum beschlossen, eine Verhandlungsdelegation nach Liestal schicken. «So wie die Spitalfusion geplant ist, wird der Laufental-Vertrag verletzt, der ein Grundversorgungsspital mit allen Abteilungen garantiert. Will man den Vertrag ändern, dann geht dies nur, wenn man den Vertragspartner miteinbezieht», sagt Imhof. Man biete sicherlich Hand für eine gute Lösung, die Gemeindepräsidenten müssen aber noch intern klären, was sie für die nötige Grundversorgung halten. «Man muss es aber deutlich sagen, mit 30 000 Einwohnern braucht es in Laufen stationäre Leistungen mit Notfallstation, das ist ganz

klar», sagt Imhof. Webers Vorschlag einer Kooperation mit dem Spital Delémont kommt bei ihm «aus genannten Gründen» schlecht an. Hinzu käme noch die sprachliche Hürde. «Webers untauglichen Vorschläge, und dass er unsere Bedenken bei öffentlichen Infoveranstaltungen übergangen hat, zeigen, wie ratlos er ist. Wir fordern aber, dass Weber und der Verwaltungsrat eine Lösung erarbeiten, die zukunfts-trächtig ist, denn das ist ihre Aufgabe», so der Stadtpräsident.

### Klagen vor dem Bundesgericht

Alex Imhof kann fordern, was er will, die Abstimmung vom Sonntag zeigte deutlich, dass das Laufental bei der Vernehmlassung oder einer Abstimmung übergangen werden kann. Dazu Imhof: «Verhandeln bedeutet nicht, dass wir nur im Rahmen einer Vernehmlassung Stellung nehmen können. Ich habe auch erste positive Signale aus Basel und aus dem Verwaltungsrat des Kantonsspitals, dass man unsere Sorgen versteht und ernst nimmt.» Der Wegfall des Gerichts und der Bezirksschreiberei, sei schon schwer gewesen, doch nun gehe es um eine ganz andere Dimension. Imhof warnt: «Sollte unser Spital tatsächlich nicht erhalten bleiben, werden wir selbstverständlich gegen die Spital-Gruppe ankämpfen. Wir schliessen dabei keine politischen oder juristischen Optionen aus, also explizit auch nicht den Gang vor Bundesgericht, um den Laufental-Vertrag durchzusetzen.»

Olivier Kungler, Generalsekretär der Gesundheitsdirektion, versucht zu beschwichtigen: «Uns sind die zwei fürs Laufental zentralen Aspekte bekannt. Die medizinische Versorgungssicherheit können wir mit unseren Plänen gewährleisten. Was den wirtschaftlichen Aspekt angeht, so ist uns bewusst, dass Arbeitsplätze verloren gehen werden.» Man müsse nun zusammen insbesondere diesen Aspekt in Ruhe anschauen. Aber auch Kungler beharrt auf seinen Positionen: «Es macht keinen Sinn, Strukturen aufrechtzuerhalten, die es nicht mehr braucht.» Thomas Weber muss nun also entscheiden: Verwässert er die Fusionspläne zugunsten des Laufentals oder nimmt er deren Widerstand in Kauf.



**Vorkämpfer und Weber-Schreck.** Alex Imhof will mit seinem Kampf für das Spital Laufen vor allem auch Arbeitsplätze retten. Foto Nicole Pont

### Die Linke und ihre Bedingungen für die Spitalfusion

**Basel/Liestal.** In einer gemeinsamen Stellungnahme haben die SP Basel und Baselland ihre Bedingungen für eine linke Unterstützung der Spitalfusion formuliert. Die SP bringt sich damit bereits vor der Vernehmlassung in Position. Die Genossen formulieren sieben Eckwerte, die erfüllt werden müssen. Banal und unbestritten ist die Forderung, dass die Spitalgruppe der Bevölkerung einen Mehrwert bringen muss. Zudem sollen sich private Investoren nicht an der Gruppe beteiligen dürfen. Die Baselbieter SP unterstützt

die Basler Forderung, dass entweder beide Kantone gleich viel Eigenkapital einbringen müssen oder sonst die Basler mehr zu sagen haben. Das Spital soll weiter eine öffentlich-rechtliche Anstalt bleiben – also keine AG werden. Eine weitere Bedingung ist eine gemeinsame Spitalliste, was jedoch sowieso geplant ist. Ferner fordert die SP, dass bei den Arbeitsbedingungen und der Vorsorge der Mitarbeitenden kein Leistungsabbau erfolgt. Und zudem wird die Spitalfusion an die Universitäts-Partnerschaft geknüpft. jho

## Niederlagen können Behring nicht stoppen

Strafanzeige abgeschmettert

Von Franziska Laur

**Basel/Bellinzona.** Die Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts hat eine Beschwerde des erstinstanzlich verurteilten Dieter Behring abgelehnt. Das berichtete die Nachrichtenagentur SDA gestern. Behring hatte Bundesanwalt Michael Lauber angezeigt, weil er falsch ausgesagt habe. Es ging unter anderem um Irreführung der Rechtspflege, der falschen Anschuldigung, des Amtsmissbrauchs und der Urkundenfälschung im Amt.

Der ausserordentlich eingesetzte Staatsanwalt Thomas Hansjakob war jedoch nach Prüfung der Vorwürfe zum Schluss gekommen, dass kein deliktisches Verhalten vorliegt. Dagegen hat Behring erfolglos Beschwerde eingereicht. Die Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts erkennt ebenfalls keine Anhaltspunkte, welche für eine Strafuntersuchung sprechen würden. Es hat die Beschwerde abgewiesen, soweit es darauf eingetreten ist.

### Auch keine Begünstigung

Behring klagte zudem wegen Begünstigung, da sich Bundesanwalt Lauber und die beiden weiteren Staatsanwälte im Strafverfahren lediglich auf Behring fokussiert hätten. Dies sei strafrechtlich relevant, eine unzulässige Begünstigung der Vermittler. Tatsächlich hatten auch diese kräftig mitverdient. Gegen einige von ihnen ermittelte die Bundesanwaltschaft denn auch wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung und pflichtwidrig einkassierter Retrozessionen. Im März wurde das Verfahren jedoch eingestellt.

Der Basler Financier Dieter Behring war im vergangenen September zu einer Freiheitsstrafe von fünfeinhalb Jahren verurteilt worden. Das Dreiergremium in Bellinzona sah es als erwiesen an, dass er ein «Schneeballsystem» geschaffen hatte. Zurück blieben 2000 geschädigte Anleger und 800 Millionen Franken Verlust.

Behring jedoch will gegen das Urteil weiterkämpfen. Momentan beschäftigt ihn jedoch mehr der Umstand, dass ihm von der Moore Park Investments Inc. Zahlungsbefehle in Milliardenhöhe ins Haus flattern.

## Verkehrspolitik soll nach Ring-Debakel unverändert bleiben

Trotz Niederlagen nach Volksabstimmungen: SP-Verkehrsdirektor Hans-Peter Wessels hält nichts von einem Umdenken



**Zerbrochener Traum.** Es scheint so, als hätte die Unterstützung aus der Bevölkerung für Veloprojekte ihre Grenzen erreicht. Foto Keystone

Von Martin Regenass

**Basel.** Es war eine Klatsche für die Befürworter des Velorings um Pro Velo, Verkehrs-Club, SP, Grüne und Konsorten. Die Basler Stimmbewölkerung versenkte die kreisförmige «Velokomfortroute» rund um die Stadt am letzten Sonntag mit einem deutlichen Stimmenanteil von knapp 60 Prozent. Zugleich war es die dritte verkehrspolitische Niederlage von SP-Verkehrsdirektor Hans-Peter Wessels innerhalb der letzten Jahre. Neben dem Veloring fanden auch die Tramlinie Erlenmatt mit einem automatischen Veloparking am Badischen Bahnhof sowie die Strassen-Initiative keine Mehrheiten in der

Bevölkerung. Letzteres Vorhaben wollte den Individualverkehr massiv behindern und mehr Platz zugunsten von Fussgängern und Velos schaffen.

In der Basler Verkehrspolitik und beim ausführenden Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) müssten diese verlorenen Abstimmungen eigentlich zu einem Umdenken führen, sagt der Geschäftsführer des Automobil Clubs Schweiz Sektion beider Basel, Christian Greif: «Sie sind ein Zeichen dafür, dass sich die Verantwortlichen von der ideologischen hin zu einer sachlichen Verkehrspolitik bewegen müssen.» Es sei wichtig, dass die Erreichbarkeit Basels auch von Pendlern, Besuchern und Leuten aus dem Ausland mit dem Auto

gewährleistet bliebe. Greif: «Ich wünsche mir, dass Herr Wessels und das BVD eine vernünftige Verkehrspolitik praktizieren, in der sämtliche Verkehrsmittel gemäss ihrer Bedeutung zum Zuge kommen.»

FDP-Grossrat und Präsident des Touring Clubs Schweiz beider Basel, Christophe Haller, sieht einer Veränderung in der Basler Verkehrspolitik allerdings skeptisch entgegen. «Bereits in Interviews kurz nach der Niederlage betonte Wessels, dass er an seiner Verkehrspolitik nichts ändern werde. Der Entscheid des Volkes scheint ihn nicht zu interessieren.» Für Haller ist auf Grund des Abstimmungsergebnisses klar, dass das Volk eine gemässigte Verkehrspolitik wolle. «Im BVD muss eine neue Philosophie Einzug halten. Heute hat man das Gefühl, dass das Departement ideologisch und nur in Schwarz-Weiss-Kategorien denkt und die Autos als böse und die Velos als lieb ansieht. Das sollte sich ändern.»

LDP-Grossrat Heiner Vischer würde nicht so weit gehen, die drei verlorenen Abstimmungen von Wessels in eine Reihe zu stellen. «Im Falle des negativen Entscheides zum Erlenmatt-Tram waren die Kosten zu hoch. Hingegen war wohl bei der Ablehnung der Strassen-Initiative der Abbau von Hunderten Parkplätzen ausschlaggebend, beim Veloring hingegen der Nutzen unabsehbar.» Vischer mahnt allerdings, dass die Verwaltung bei der Ausarbeitung von

Ideen wie dem Veloring vorsichtiger werden müsse. «Nach der gestrigen Abstimmung und auch bei der Abschaffung von Parkplätzen muss sie sich schon fragen, wo die Schmerzgrenze bei der Bevölkerung liegt.»

### Abstimmungen zu abstrakt

Nicht infrage gestellt wegen der verlorenen Abstimmungen sieht SP-Grossrat Kaspar Sutter die Basler Verkehrspolitik. «Die Strassen-Initiative und der Veloring gingen verloren, weil die Vorlagen zu abstrakt waren. Die Leute wussten nicht, welche konkreten Veränderungen in den einzelnen Strassen und Kreuzungen sich ergeben würden.» Es sei weiterhin wichtig, sämtliche Verkehrsträger zu berücksichtigen. Zudem seien Projekte wie der Rheintunnel und das Herzstück der S-Bahn von links bis rechts abgestützt.

Der angesprochene Regierungsrat Wessels wehrt sich gegen die Darstellung, dass er und seine Verwaltung eine ideologische Verkehrspolitik betreiben würden: «Die basel-städtische Verkehrspolitik orientiert sich an der Kantonsverfassung und am kantonalen Umweltschutzgesetz.» Diese räumten dem öffentlichen Verkehr und dem Veloverkehr Priorität ein. Zudem sei der klare Volksentscheid gegen den Veloring sicherlich keine Aufforderung zu einer grundlegenden Änderung der Verkehrspolitik. «Sogar eingefleischte Velofahrerinnen und Velofahrer haben die Initia-

ANZEIGE

**academia**  
learning

**Sekundarschule**

[academia-learning.ch](http://academia-learning.ch)  
Tel. +41 61 715 96 96